

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeitspalt 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Solidarität

Das ist ein Fremdwort. Wir haben einen schönen deutschen Spruch, der dasselbe besagt: „Einer für alle und alle für einen.“ Der tiefste Sinn der Volksgemeinschaft liegt in diesem Wort beschlossen, und zugleich bildet es den Fundamentalsatz der gewerkschaftlichen Organisation. Der Starke soll den Schwachen schützen und ihnen die Schwachen wollen durch Zusammenschluss und Mithilfe stark werden. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben diesen Grundsatz in die Tat umgesetzt und dadurch große Vorteile nicht allein für sich, sondern für den ganzen Stand errungen.

Haben alle mitgearbeitet am Erfolg? Leider nicht. Viele Tausende unserer Berufskollegen haben früher abgetrieben und stehen heute, nach einer kurzen Gaststunde in den Gewerkschaften, wieder abseits. Sie brachten und bringen es über sich, ihre organisierten Kollegen in schwerem Kampfe allein ringen zu lassen. Wollen sie aber etwa auf das, was die Organisation errungen, verzichten? Verlangen sie z. B. nicht auch die jetzt in den meisten Gebieten eingetretene Lohnsteigerung? Ach ja, sie verlangen sie schon, und wenn sie noch höher wären, wäre es ihnen noch lieber. Haben sie gerechten Anspruch darauf? Nein! Wer nicht hat, soll auch nicht anfordern, und wer nach Drohnenart von der Arbeit anderer lebt, begeht Diebstahl.

Was muß das Ziel sein? Daß alle jene, die an den Erfolgen der gewerkschaftlichen Organisation teilzunehmen wollen und tatsächlich teilnehmen, auch zu den Opfern beitragen. Eine Einheitsfront aller christlich denkenden Bauarbeiter muß gebildet werden, in der Selbstsucht und Eigenbräuterei keine Stätte mehr finden. Die organisierten Kollegen haben diese Einheitsfront herzustellen die Dürftbeten müssen verschwinden, alle Organisationsfähigen müssen dem Verband zugeführt werden. Damit reden wir keineswegs von brutalem Zwang das Wort, wohl aber ist ein gewisser moralischer Zwang angedeutet und stillschweigend beachtet. Als unanständig muß der gelten, der sich aus krassem Eigennutz von der Gemeinschaft der organisierten Kollegen ausschließt. Im gesellschaftlichen Verkehr soll er fühlen, daß er durch seine Indifferenz eine Schranke zwischen sich und den solidarisch arbeitenden Kollegen aufgerichtet hat. So nur werden wir ein Wort: „Einer für alle und alle für einen“ leben können und vollen Sinn geben. Es darf nicht nur für den Kreis der Organisierten gelten, nein, für den ganzen Berufsstand muß es Wirklichkeit werden.

Darum Kampf dem Indifferentismus durch eine frische und fröhliche Frühjahrsagitatio! Sie soll uns unserem Ziele näherbringen, eine vollkommene solidarische Verbundenheit aller Bauarbeiter herzustellen. Nur wer mitträgt an dem gemeinsamen Risiko, soll teilhaben an dem gemeinsamen Gewinn. „Einer für alle und alle für einen!“

Staat und Wirtschaft

In den tausend Beziehungen, die in einem Volke imhergehen, bedarf es eines Organs, das über allen Beziehungen steht und sie regelt. Es muß sie schützen, ordnen, pflegen, soweit sie gemeinschaftsbildend sind; dort, wo Interessen gegeneinander stehen, hat es einen billigen Ausgleich zu schaffen, und da, wo Macht wider Recht kämpft und es zu überbieten sucht, liegt es ihm ob, unter allen Umständen und mit allen Mitteln dem Recht zum Siege zu verhelfen. Dieses Organ ist der Staat.

Dieser Staat hat vor dem Kriege am weitesten vielleicht in Deutschland seine Pflicht erkannt und sich um den Ausgleich nach sozialer Gerechtigkeit bemüht. Er hat die Wirtschaft gefördert durch ein wohlüberdachtes System von Maßnahmen, in der richtigen Erkenntnis, daß das Gedeihen des Staates unlösbar am Gedeihen der Wirtschaft hängt. Er hat im Kriege das Äußerste aufgeboten zu seiner Verteidigung. Dabei mußte er, abgesehen vom Weltverkehr und dem Strom seiner wirtschaftlichen Energiequellen, dafür sorgen, daß in seinem Inneren die vorhandenen Gütermengen ausreichten und gerecht verteilt wurden. Damit wurde er in Ausgaben gezwungen, die er früher nie gekannt. Ein Staatssozialismus unergleichlichen Stiegs über Nacht heraus. Natürlich weckte das Widerstände allenthalben. Denn hier mußte er in wohlverordnete Rechte eingreifen, dort härteste Interessenansprüche fast und grausam erschlagen. Hier ging ein Mann in den Stall des Bauern, schaute sich um nach der Zahl seiner Schweine, prüfte das Geißel ihrer Bäuche und entschied dann über die Häupter des Viehes; und der Bauer hatte dem Spruch wohl oder übel zu folgen; denn jener Mann war ja der Staat. Dort war derselbe Staat in Gestalt seiner Polizeikräfte auf dem Markte dabei, jedem abzumessen, was er er-

halten durfte an Kartoffeln und Steckrüben und anderen eßbaren Dingen. Aber diese Staatsingriffe gingen auf die Dauer wider das Gefühl. Was Wunder auch! Sie schädigten ja unendlich viele aufs empfindlichste, oder hinderten wieder unzählige daran, hinreichend Mithilfe zu leisten. Dazu kam, daß der Staat die Praxis gegenüber, die ihn überall und nirgends sein ließ, nicht genügend vorbereitet war, schwerkfällig arbeitete, meistens ungenügende Sachkenntnis in wirtschaftlichen Dingen hatte, so daß Mißerfolge ohne Zahl sein Aussehen stark in Mißkredit zogen. So standen ihm bald die enttäuscht gegenüber und die anderen freuten sich ob seiner Fehlgriffe.

Es kam der unglückliche Kriegsausbruch und die Revolution. Männer aus jenen Schichten wurden an die Führung des Staates gestellt, die früher im Staat den Helfer in aller Not sahen oder geglaubt hatten, wer die Hand an der Staatsmaschine habe, könne alles, was er wolle. Sie sollten jetzt bitter enttäuscht werden. Ein Ausblutungsprozeß sondergleichen nahm mit Versailles seinen Anfang, entzog der Wirtschaft alle Kräfte und Kräfte und erschütterte damit auch die Lebensbedingungen des Staates. Jetzt wurde offenbar, daß der Staat es nicht ernsthaft und erfolgreiche Politik machen kann, wenn die Wirtschaft blüht. Und diese Wirtschaft wurde blutleerer und ärmer von Tag zu Tag. Der Staat suchte Hilfe; während das Blut aus dem von der Wunde von Versailles so gefährlich getroffenen Wirtschaftskörper sickerte, versuchte er eine Säfteerneuerung; er griff zum falschen Mittel. Die ohnehin nicht mehr ausreichende Blutmenge wurde stark vermindert durch Schaffung von künstlichem Gelde in immer neuer Form und in immer größerem Umfange. Das erschütterte die realen Grundlagen aller Wirtschaftens und brachte eine rapide Verarmung. Denn die Geldmacherei, die der Staat betrieb, spülte jedem eine verminderte Kaufkraft zu, die oft in der nächsten Stunde schon aufgelöst war. Damit wurden Millionen auch seelisch aus dem Gleichgewicht geworfen. Die Stimmung: „Der Staat ist am Ende, darum rette sich wer kann“, griff um sich und beherrschte die breite Masse. In dieser Stimmung stieg der Kurs der rücksichtslosen Gewalt an, welche die Geldmacherei des Staates schon längst begriffen hatten, als eine gewaltige ökonomische Revolution und nun in die Fluten des Papiergeldstromes ihre Angeln und Netze warfen, um vom Grunde die feste ökonomische Substanz herauszuholen. Sie brachten reiche Beute heim; je höher die Flut stieg, desto größer wurde ihr Erfolg. Je mehr der Staat in Auflösung geriet, desto stärker wurde ihre Macht. Denn mit allen Mitteln verstanden sie es, alle noch vorhandene ökonomische Substanz in ihren Händen zu konzentrieren und eine neue Machtpfille aufzubauen.

Da brachte die Rentenmark dem bereits sterbenden Staate eine wundervolle Heilung. Aber als er, gesund geworden, die Augen aufschlug, sah er rings um sich neue Staaten stehen, nämlich die zahlreichen privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen, die eine ungeheure Machtfülle in ihren Händen konzentriert hatten, die sie dem Staate abgenommen. Aber noch mehr: das Emporstreigen dieser Organisationen brachte geradezu eine Umwälzung des gewohnten Staatsbegriffes; der einheitliche rechtliche und rechtverwirklichende Staat, der mit Zwang gebietet, die Wirtschaft trägt und stützt, für den sozialen Ausgleich und inneren Frieden tätig ist, wird im Mark seiner Kraft geschwächt durch die wirtschaftlichen Republiken und Herzogtümer und durch die Hausmacht dieser Verbände. Und nun beginnt ein Streit. Die während der Krankheit des Staates groß gewordenen Wirtschaftsmächte und Verbände haben natürlich keine Lust, ihre Hegemonie ohne weiteres an den wieder erstarkenden Staat abzutreten, der bereits im Sterben lag. Und sie stehen als Gegner widereinander. „Politik ist nichts, Wirtschaft ist alles!“ sagte der eine. Nur „Politik ist unser Schicksal!“ rief der andere. — Wer soll den Vorrang haben? Soll der Staat über die Wirtschaft herrschen oder soll umgekehrt die Wirtschaft in der Politik das erste und letzte Wort zu sprechen haben?

Die Antwort ist eindeutig: Der Staat muß die unbedingte Souveränität besitzen; denn er muß die Zusammenhänge eines Volkes ergreifen und regeln. Diese Zusammenhänge sind mannigfaltiger Art: Religion, Wissenschaft, Kunst, Erziehung, Wirtschaft, Gesellschaft, Sport usw. Alle diese mannigfaltigen Lebenserscheinungen hängen sich voneinander ab und verfolgen ihre eigenen Aufgaben. Alle bestehen nur Kraft des Staates und dank des Staates, der immer wieder den Ausgleich zwischen ihnen zu schaffen hat und damit die Aufrichterhaltung und den Schutz des Gemeinwehns, das er umschließt. — Die Wirtschaft erfährt nur eine Seite des Daseins: die materiell-ökonomische. Der Mensch ist aber ein Leib-Geistwesen. Sein Geist ragt in eine andere Welt: damit er sich darin betätigen kann,

muß eine Macht ihn schützen, die auch die geistige Seite des Lebens umfaßt. Diese Macht ist der Staat. Keine menschliche Geistesarbeit und kein menschliches Träumen und Dichten, Gestalten und Bilden ist fruchtbar, wenn ihnen nicht die Möglichkeit ihrer Auswirkung gewährleistet wird.

Ja, gerade die Wirtschaft selbst ist am stärksten vom Staate abhängig. Gerade die gegenwärtige Lage beweist doch klar, daß die Wirtschaft von der Gestalt der politischen Verhältnisse vollkommen bestimmt wird. Vor dem Kriege blühte die deutsche Wirtschaft, weil Deutschland vor der Welt in Achtung und Ansehen stand. Und das tröstliche wirtschaftliche Elend unserer Tage ist doch ausschließlich durch die Kriegereloge unseres Staates verursacht und ist Folge ihrer Ohnmacht. — Und blicken wir auf England; wir nennen die Engländer zwar gern verächtlich ein Krämervolk, und doch ist nichts falscher als das. Der Engländer ist nicht zur Zeit Kaufmann, sondern Staatsmann. Er will erst als Weltbürger angesprochen werden und dann erst als Weltkaufmann; er weiß warum: Nur im Schatten der politischen Macht kann die Wirtschaft gedeihen; sie schafft für die ökonomische Prosperität erst die Voraussetzungen; wo politische Unordnung herrscht, ist alle wirtschaftliche Tätigkeit in Frage gestellt.

Kathenau hat den Ausspruch getan: „Nicht Politik, Wirtschaft ist das Schicksal.“ Damit hat er Marx nachgesprochen, den gerade er sonst so sehr bekämpfte. Dieses Wort muß umgekehrt lauten: „Nicht Wirtschaft, sondern Politik ist eines Volkes Schicksal!“
Dr. J. D.

Die „hochbezahlten“ Bauarbeiter

Eine Jahresbilanz

Die Zeit der Jahresrechnungslegung ist wieder gekommen. Der Reichstag prüft den Etat des verfloffenen Jahres, in den Vereinen erstattet der Pfleger den Jahresfassendenbericht, die großen wirtschaftlichen Unternehmen veröffentlichen ihre Jahresbilanzen. Auch wir Bauarbeiter müssen einmal berechnen, wie wir uns wirtschaftlich stehen. Ich bin mir darüber klar, daß wir damit unseren Unternehmern nicht beweisen werden, daß unsere Löhne zu gering sind. Aber genau so, wie der Geschäftsmann am Jahreschlusse feststellt, ob und woran er etwas verdient hat und diejenigen Artikel anläßt, die nichts einbringen, so müssen auch wir einmal berechnen, ob bei unserer Saison-Bauarbeit noch „das Handwerk den Mann ernährt“, oder ob wir uns anderen Orten bzw. Berufen zuwenden müssen. Dieses ist bei uns deshalb besonders notwendig, weil unsere Nachbarn, am Arbeitsorte sowohl wie in der Heimat, meistens völlig falsche Begriffe von unserem Einkommen haben, was sich dadurch erklärt, daß bei Lohnvergleichen immer nur die Stundenverdienste der Bauarbeiter herangezogen werden. Selten aber ist es einem Bauarbeiter infolge des Saisoncharakters des Berufes möglich, das ganze Jahr über Arbeit zu behalten. Es fehlen immer einige Wochen, dazu kommt Verjämmer durch den beruflich unvermeidlichen häufigen Wechsel des Arbeitsplatzes, der oft auch mit Logiswechsel verbunden ist. Der Schreiber dieser Zeilen, im Kreise Sorbis (Gießfeld) wohnhaft, im ganzen Jahr in und bei Hannover als Zimmerer beschäftigt, hat im verfloffenen Jahr das seltene Glück gehabt, immer im Arbeitsverhältnis zu stehen. Zuerst war ich in einem Betongeschäft, wo der Betrieb wegen Frostwetter zunächst ruhte. Später ging ich in ein anderes Betongeschäft. Darauf arbeitete ich in einem Zimmergeschäft und bin zurzeit wieder in dem ersten Betongeschäft tätig, wo der Betrieb vom 21. 12. bis 2. 1. 25 ruhte. Arbeitslos war ich während der Aussperrung plus 2 Tage, da der Bauunternehmer inzwischen Konkurs gemacht und ich an eine andere Baustelle überwiesen wurde. Auf Grund meiner Lohnnoten und Notizen ist es mir möglich, die nachstehenden Angaben zu machen und die Schlussfolgerungen zu ziehen. Kritiker, die nach Rechenrichtern suchen, will ich sagen, daß die angegebenen Stunden z. T. (weil Nebenstunden) mit Zuschlägen bezahlt wurden, die in der Tabelle nicht ersichtlich sind. Infolge der ungemein vielen Reparaturarbeiten kommen viele Verjämmerstunden (durch Vitterungsverhältnisse) nicht zum Ausdruck, da sie teilweise nachgeholt wurden, teilweise treten sie nicht auffällig in Erscheinung, weil ich immer die Lohnperioden von Lohnhöhe zu Lohnhöhe zusammengezogen habe. Die Daten der Lohnhöhen sind nicht auf den Tag ersichtlich, da immer die Tage des Wochenendes in dem betreffenden Geschäft ausgegeben sind. Der Wechsel der Arbeitsstellen und Logis

bedingte im ganzen Jahr nur 20 1/2 Stunden Arbeitsverfügnis, gewiß eine Seltenheit.

Table with columns: Datum, Lohn, Kosten, etc. Rows show monthly data from 1/1 to 12/12.

Der durch die Eigenart des Handwerkes bedingte Lohnverlust betrug also (Verdienstmöglichkeit 1743,12 M., Gesamtverdienst 1248,33 M.) 494,89 M. Den Betrag der Verdienstmöglichkeit kann man kürzen um den Betrag der Verdienstmöglichkeit während der Aussperrung: 181,04 M. ab 494,89 M. gleich 313,85 M. Denn ich will keineswegs behaupten, daß Aussperrungen eine besondere Eigenart des Handwerkes sind.

Um diesen Lohn verdienen zu können, mußten jedoch erhebliche Aufwendungen gemacht werden, die man als Werbekosten bezeichnen muß. Denn es sind die notwendigen Doppelausgaben, die wir Saison-Handwerker nun einmal machen müssen. Keine Werbekostenrechnung ergibt folgendes Bild:

Table listing expenses: Logis, Jahrgeld 18 x 3, Verbandsbeitrag, etc. Total sum 347.-

Es war also eine Mehrausgabe von 347.- Mark notwendig, um den Lohn von 1248,33 Mark verdienen zu können. Dazu kommen noch die Verfügnisstunden, insolge Familienangelegenheiten gleich 37,26 M., zusammen 384,26 M. Also etwa 22 Prozent seines Verdienstes muß der Saison-Handwerker aufwenden, um seinen Lohn verdienen zu können. Die meisten unserer Kollegen werden einen höheren Prozentsatz aufwenden haben. Der Kritiker wird höchstens an der Höhe des Jahrgeldes und des Verbandsbeitrages mädeln können. Die persönlichen Mehrausgaben sind so niedrig angelegt, daß man daran entgegengehet kritizieren könnte.

Sobon muß man nun leben, und die Familie ernähren? Es ist dies der Betrag der Auszahlung minus den Betrag der Werbekosten gleich 1127,14 minus 347 gleich 780,14 M. Leider fehlen mir die Unterlagen, um dieses Einkommen in Beziehung zu setzen zu den Indizes über die Lebenshaltungskosten. Um jedoch zu zeigen, mit wie wenig Geld man im Arbeiterhaushalt gezwungen ist auszukommen, genügt eine kleine Rechnung. Das Jahr 1924 hatte 366 Tage mal 6 Personen gleich 1836 Lebensstage, dividiert in 780,14 Mark sind etwa 2,1 Pfg. für jede Person zum Lebensunterhalt, wobei man die Kosten für

Wohnung und Kleidung nicht vergessen darf. Noch interessanter wird die Zahl, wenn man berechnet, wieviel man eigentlich pro Arbeitsstunde tatsächlich verdient hat. Es ist dies der Betrag der Auszahlung minus den Betrag der Werbekosten dividiert durch die geleisteten Arbeitsstunden. Das ist in meinem Falle 1127,14 M. minus 347 gleich 780,14 M. dividiert durch 1821 nicht ganz 43 Pfg. pro Stunde. Um dieses zu verdienen, war ich 265 Arbeitstage am Arbeitsort, stand also 2120 Arbeitsstunden bei irgendeinem Unternehmer am Arbeitsort zur Arbeit bereit. Dieses ergibt einen Stundenlohn von 36,71 Pfg. pro Stunde Arbeitsbereitschaft.

Ich bin davon überzeugt, würde ein Geschäftsmann einen solchen Jahresabschluß machen, er würde für die Zukunft Maßnahmen ergreifen, um seine Arbeit ertragsreicher zu machen. Es erhebt sich also für uns die Frage: Wollen wir noch weiter Saison-Handwerker sein? Kann man Kinder einem solchen Beruf zuführen? Lassen sich die Löhne soweit erhöhen, daß die Arbeit wieder den Mann ernährt? Oder müssen wir die Löhne in ähnlicher Weise erhöhen, wie die Unternehmervereinigungen der Baustoffindustrie ihre Preise erhöht haben, wobei wir allerdings unsere Forderungen begründen könnten, was jene nicht vermöchten?

Als eine Organisation, die sich zum Gedanken der Volksgemeinschaft bekennt, müssen wir auch Wert darauf legen, wie unsere Mitbürger über uns denken, über unsern Stand urteilen. Ein Geschäftsmann, der einen solchen Jahresabschluß sehen würde, wie ich ihn aufmachen mußte, würde entsetzt sagen, da ist ja die gesamte Reineinnahme wieder als Ausgabe für den laufenden Lebensunterhalt eingesetzt. Da sind keine Rücklagen für Werkzeug und Arbeitskleidung, die sich doch abnutzen und erneuert werden müssen. Keine Rücklagen für etwaige Arbeitslosigkeit oder für Krankheitsfälle. Ewig kann der Mann auch nicht jung bleiben, aber er macht keine Rücklagen für das Alter. Einem solchen Mann kann ich keinen Pfennig Kredit gewähren, wenn er darum einmal ansprechen sollte, denn er kann ja niemals zurückzahlen. Keulich klagte mir ein Kolonialwarenhändler in H., dessen Kunden größtenteils Arbeiter sind, daß er zum Weihnachtsfeste gewährte Kredite noch nie so schlecht wieder hereinbekommen habe, wie in diesem Jahre. Er jagte mir, seine Kunden, die er alle gut kenne, seien fleißige Leute, aber in der gesamten Arbeiterschaft habe man nach dem Kriege noch nicht wieder den Zweck der Arbeit für den Arbeitnehmer erkannt. Nicht Bewältigung der Arbeit, Steigerung der Arbeitsleistung sei der Zweck für ihn, sondern Erwerb des Lebensunterhaltes und entsprechende Sicherung seines wichtigsten Produktionsfaktors, seiner Arbeitskraft, für die auch entsprechende Rücklagen gemacht werden müßten. Alle öffentlichen Kassen klagen über die mangelhafte Wiederbeschaffung der Spartätigkeit. Ihre meisten Sparerkasse stellte vordem die Arbeiterschaft. Die Arbeiter können aber heute nicht sparen. Denn wenn einer aus einem der bestentlohnten Berufe, der das ganze Jahr hindurch im Arbeitsverhältnis gestanden hat, einen solchen Jahresabschluß macht, wie soll es da erst bei den schlecht-bezahlten aussehen?

Ferdinand vom Sonnenstein.

Blöde siehe

Die satissam bekannte „Deutsche Bergwerkszeitung“ läßt in ihrer Nr. 34/1925 einen, den krankhafter Haß gegen die Gewerkschaften offenbar geistig verblödet hat, folgenden schreiben:

„Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß die

jetzigen Lohnerhöhungen einen der größten Betrübungen der in diesen Dingen wirklich nicht an Nachkriegszeit darstellen. Die neue uns bedrohende Inflation muß — auch wenn sie nur teilweise Ausbruch fände — die gesamte Wirtschaft und in ihr beschäftigte Arbeitnehmer vernichten. Die Nutznießer sind lediglich jene 60- bis 70 000 Gewerkschaftsfunktionäre, die Demagogie mit wirtschaftlicher Unfähigkeit verwechseln.“

Also die Lohnerhöhungen bringen neue Inflation und die Gewerkschaftsfunktionäre sind deren Nutznießer. Bekanntlich waren die Gewerkschaftsfunktionäre auch die Nutznießer der letzten Inflation — sie sind alle mit Millionenvermögen aus ihr hervorgegangen, während die armen Unternehmer sich durchhängerten und der öffentliche Erwerbslosenfürsorge zur Last lagen. Es ist manchem Beinausreiben, wenn man sieht, was eine gewöhnliche Unternehmerrpresse ihrem „gebildeten“ Leserpublikum Blödsinn und — sagen wir es offen heraus — Verlogenheiten glaubt bieten zu dürfen.

Von welcher Seite unsere Währung wirklich droht wird, hat ein anderes Unternehmerblatt ehrlich ausgesprochen. In einem Artikel der „Textil-Woche“ vom 2. Januar 1925 schreibt Dr. Kornicker, daß der Kaufkraftfaktor der Marktwährung am Großhandelsindex gemessen zirka 25 Proz. beträgt. Als Gründe des Sinkens der Kaufkraft der Mark führt er folgenden an:

„Die Kalkulation der wirtschaftlichen Unternehmungen bewegt sich noch zu sehr im Rahmen der Inflationsgewohnheiten. Das Wachsen von dem großen Umsatz und dem kleinen Nutzen eine schöne Phrase geworden, nichts weiter. In Wirklichkeit sind die Aufschläge, die heute auf Waren genommen werden, zu hoch. Wenn man Wirtschaftskreisen immer wieder auf die Höhe der Steuern hinweist, die unsere heutige Produktion belasten, so muß dem entgegengehalten werden, daß auch im Ausland Steuern gezahlt werden, und daß für etwaige höhere Steuern niedrigere Arbeitslöhne in Deutschland einen hinreichenden Ausgleich finden. Es ist eine einfache Methode, immer nur die Steuern als ein schuldigen Schild vor die diekwantige Maja zu stellen, der Preise zu halten.“

In diesen Ausführungen wird hinreichend klar, welche Preise in Wirklichkeit „Demagogie mit wirtschaftlicher Unfähigkeit verwechseln“. Zu ihnen muß man in erster Linie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ selbst rechnen. Daß sie sich auch die Behauptung von den 60- bis 70.000 Gewerkschaftsfunktionären zu eigen macht, kann bei der Geistesverfassung dieses Blattes nicht verwundern. Wir fragen die „Bergwerkszeitung“: Waren ihr die tatsächlichen Verhältnisse wirklich unbekannt? Wir zweifeln nicht, daß sie zu glauben. Folgende einfache Ueberlegung hätte genügt, um die Behauptung als grobes Schwindel zu erweisen: Wir haben zurzeit in Deutschland, hoch gerechnet, 7 Millionen Gewerkschaftler. Die Zahl von 70 000 Gewerkschaftsfunktionären würde bedeuten, daß auf je 100 Mitglieder ein Gewerkschaftsangehelliger kommt. Das ist natürlich eine bare Unmöglichkeit. Die „Bergwerkszeitung“ scheint sich von dem Grundgedanken zu lassen: Behaupte nur immer feste darauf, daß etwas wird schon hängen bleiben.

Die Arbeiterschaft braucht sich durch Ausführungen wie die in der „Bergwerkszeitung“ nicht sprechen lassen, eher darf sie das Gefühl einer Beruhigung haben. Denn eine Sache, die mit so schlechten Gründen verpackt wird, kann nicht gut sein. Und mit je größeren Mitteln die Unternehmerrpropaganda arbeitet, desto eher wird sie sich festklauen.

Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten)

I

Wirtschaft hat etwa den Sinn von vorzorgen, Vorrat an solchen Gütern schaffen, die die Menschen zum Leben für nötig halten. Wir sprechen von Wirtschaft, die gut wirtschaftet und von Menschen, die schlecht wirtschaften. Wer gut wirtschaftet, ist wirtschaftlich, wer schlecht wirtschaftet, ist unwirtschaftlich. Wirtschaftlichkeit wäre danach gutes Wirtschaften. Vollständig spricht man auch von gutem Wirtschaften und guten Wirtschaftlerinnen. Die einen denken, wenn sie vom Wirtschaften sprechen, an die Güterherstellung, die anderen denken an die Gütervermittlung und andere wieder an den Güterverbrauch. In der Herstellung, in der Vermittlung und im Verbrauch von Gütern kann man wirtschaftlich oder unwirtschaftlich sein und ebenso im Geld- und Vertriebswesen. Der Verbraucher denkt im allgemeinen (wenn er von der Wirtschaft spricht) an seine Haushaltsführung, das ist ihm seine Wirtschaft, das ist die Wirtschaft des Verbrauchers. Den Begriff Wirtschaftlichkeit (oder auch Unwirtschaftlichkeit) kennt der Durchschnitt der Verbraucher weniger. Die Verbraucher wissen zwar, daß Wirtschaftlichkeit möglich und Unwirtschaftlichkeit unmöglich ist, aber wenn sie dies ausdrücken wollen, sprechen sie von Sparjamkeit und Verschwendung. Unter Sparjamkeit im Haushalt verstehen sie: nichts wegwerfen, was noch irgendwie wieder verwendbar gemacht werden kann. Sparjamkeit ist, wer nichts kauft, was er nicht unbedingt zu einer geordneten Lebenshaltung braucht. Also Sparjamkeit im Einkauf und in der Verwendung der wirtschaftlichen Güter wäre Wirtschaftlichkeit.

Der Begriff Wirtschaftlichkeit ist aber klarer als der Begriff der Sparjamkeit, und deshalb sollte man auch im allgemeinen von der Wirtschaftlichkeit sprechen und nicht von der Sparjamkeit. Denn Sparjamkeit hat nicht den Absichten: Möglichst wenig Geld ausgeben, möglichst wenig einkaufen, möglichst wenig verbrauchen und des Erworbenen möglichst sparsam zu halten. So soll durch das Sparsparen Geld und Verfügnis zusammengebracht werden.

einen sparsamen Menschen einem wirtschaftlichen Menschen gegenüberstellt, so wird man bald sehen, daß ein wirtschaftlicher Mensch weiter kommt als ein sparsamer. Der Mensch, der wirtschaftlich vorgeht, will zweckmäßig vorzorgen. Er kauft nicht das, was am wenigsten kostet, sondern das, was für ihn am vorteilhaftesten erscheint. Was am vorteilhaftesten ist, das bekommt man durch Sachkenntnis und Vergleiche heraus. Die Preise der Waren müssen mit der Haltbarkeit, der Auswertbarkeit und der Leistungsfähigkeit (bei Geräten, Werkzeugen und Maschinen) verglichen werden. Eine gewisse Menge Stoffes, die beispielsweise 30 M kostet und drei Jahre gebrauchsfähig ist, ist derselben Menge vorzuziehen, die nur 20 M kostet, aber nur 1 1/2 Jahre tragbar ist. Ähnliche Beispiele kann sich jeder im Ernährungs- und Wohnungsweisen bilden. Auf die möglichen Einzelheiten kann hier verzichtet werden, im allgemeinen gilt: Wer z. B. für 100 Kosteneinheiten eine Auswertbarkeit von 50 erzielt, der war wirtschaftlicher als einer, der mit 50 Kosteneinheiten eine Auswertbarkeit von 150 erreicht. Der zweite glaubt wohl gepart zu haben, wirtschaftlicher aber war der erste.

Obwohl viele Menschen wissen, daß das Sparen (in dem Sinn von möglichst wenig ausgeben und verbrauchen) allerlei Bedenkliches an sich hat, gehen sie doch oft mit Leichtigkeit darüber hinweg. Sparjamkeit gilt ihnen als etwas sehr Praktisches, ja sie glauben sogar, daß sie etwas Sittliches sei. Der Sparjamkeit im Vorteil sein, auf längere Zeit hinaus gerechnet überträgt ihn der, der vom Griffe echter Wirtschaftlichkeit befreit ist. Echte Wirtschaftlichkeit entsteht, wenn jede sich bietende Gelegenheit in der Güterherstellung, im Einkauf, im Verkauf und Verbrauch auf ihre Vor- und Nachteile hin geprüft wird und das für den jeweiligen Fall am zweckmäßigsten Erscheinende geschieht.

Wichtig ist bei alledem: Die Dringlichkeit des Bedarfs, im Einzelfall: ob ich etwas plötzlich brauche oder ob ich eine gewisse Zeit zur Verfügung meines Bedarfs nötig habe. Von Bedeutung ist der Ort (nähere oder weitere Entfernung), wo ich das Gewünschte kaufen kann. Auch die Zeit, zu der ich laufe oder laufen kann, spielt oft eine Rolle im Einkauf. Die menschlichen Bedürfnisse sind zu berücksichtigen (in der Güterherstellung, der Gütervermittlung, im Geld-Verkehr).

wesen und im Verbrauch), daß jedesmal genau überlegt werden muß, was wirtschaftlicher ist. Es kommt immer darauf an, was für den einzelnen jeweils sichtlich, stofflich und geldlich bei einer Sache herauspringt.

Die Wirtschaftswissenschaftler sprechen von einem ökonomischen Prinzip (etwa: Grundgesetz der Wirtschaftlichkeit). Er lautet ungefähr: Daß sich der nur wirtschaftlich denkende Mensch stets bemüht, mit einem möglichst geringen Aufwand möglichst viel Gewinn zu erzielen. Wenn sich die Menschen in allem ihre Ziele und lassen nur von wirtschaftlichen Beweggründen leiten ließen, würden sie stets nach diesem Grundgesetz wirtschaften. Einen Menschen, der nur an seinen wirtschaftlichen Gewinn denkt, nennt man einen reinen Wirtschaftsmenschen (homo oeconomicus). Er schätzt alle Dinge streng sachlich ab, er rechnet wie eine Rechenmaschine er vergleicht Menschen, Ware, Preise nur als Wirtschaftler miteinander. Kurzum: Er kennt nur das eine Ziel: Möglichst viel Geld oder Gut mit einem möglichst geringen Aufwand zusammenzubringen. Diese Art zu denken und zu handeln, nennt man auch kaufmännisches Sinnen und Trachten. Wenn aber auch manche dieser Gesetze führen wollen, in allem und jedem läßt sie nicht immer der größtmögliche Gewinn bei kleinstem Aufwand erreichen. Der Wirtschaftler kann zwar danach streben, aber er kommt doch an Stellen, wo er so nicht weiterkommt. Er muß da und dort locker lassen. Zugeständnisse an die Auffassung anderer machen. Er kann ein Unternehmer z. B. nicht immer die billigsten (und dabei leistungsfähigsten) Arbeitsträger einstellen, wenn er den Gang des Unternehmens nicht hemmen will. Er muß mit der Auffassung und Macht der Arbeitnehmer rechnen, kurz: er kann nicht, wie er gerne möchte. Das aber: die genaue Durchführung des Grundgesetzes der Wirtschaftlichkeit wäre doch nur möglich, wenn der Wirtschaftler auszuverlässig wählte, welche Mittel am geeignetsten sind, eine wirtschaftliche Aufgabe möglichst erfolgreich zu lösen. Da niemand den Bedarf ganz genau kennt und niemand im voraus weiß, wie sich die Behälter verhalten, so muß mit Annahmen und Schätzungen gearbeitet werden. Genau genommen: kein Mensch kann jagen, welches der geringstmögliche Aufwand ist, mit dem eine wirtschaftliche Aufgabe möglichst genau gelöst werden kann. (Schluß folgt)

Allgemeine Rundschau

Reichspräsident Ebert

Friedrich Ebert, der erste Präsident der Deutschen Republik, ist am 28. Februar 1925 einem tüchtigen Leiden erlegen. Der Staat hat seinem heimgegangenen „ersten Diener“ eine Trauerfeier bereitet, deren sich ein geborener Fürst nicht hätte zu schämen brauchen. Fast noch eindrucksvoller war die außerordentlich starke und warmherzige Anteilnahme des Volkes und nicht minder die des Auslandes. Eberts politische und staatsmännische Bedeutung zu würdigen, ist hier nicht der Platz. Der Nachruf der Reichsregierung, der kein Parteifreund und des Verstorbenen angehört, rühmt ihm nach: „In schwerster Zeit hat er das Amt des deutschen Reichspräsidenten mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet und dabei in der Heimat wie im Ausland reiche Anerkennung erworben. In den außenpolitischen Wirren, die nach dem Kriegsende dem Deutschen Reich erwuchsen, nahm er eine Verantwortung und Entscheidungen auf sich, die nach vielen Mißerfolgen endlich den Weg zum Wiederaufstieg anbahnten. Unparteilichkeit und Gerechtigkeit waren die Richtlinien seiner Amtsführung. ... Er hat dem deutschen Volk und dem deutschen Vaterland in schwerster Zeit als aufrechter Mann gedient.“

Ebert war von Herkunft Arbeiter und Sozialdemokrat. Seine Wiege stand in einer Heilberger Schneiderhütte. Nach der Schulentlassung erlernte er das Sattlerhandwerk. Er hat nur Volksschulbildung genossen. Früh betätigte er sich in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Aus seiner Herkunft hat er auch in seiner letzten hohen Stellung nie ein Hehl gemacht, sich vielmehr mit Stolz zu ihr bekannt. Er ist der beste Beweis dafür, daß politische Führertalente nicht nur in den Schichten von „Bildung und Besitz“ gedeihen, sondern daß sie auch in den Tiefen des Volkes schlummern und ihnen nur der Weg zur Entfaltung frei gemacht zu werden braucht. Daß er trotz seines parteipolitischen Bekenntnisses sein Amt unparteilich verwaltete, ist besonders anzuerkennen, aber leider gerade in Kreisen seiner eigenen Parteigenossen nicht immer verstanden worden. Bekannt sind die wiederholten Versuche, ihn wegen seiner staatspolitischen Handlungen aus seiner Berufsorganisation, dem Sattlerverband, auszuschließen.

Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hat dem verstorbenen Reichspräsidenten einen Nachruf gewidmet, in dem es heißt: „Der erste Präsident des Deutschen Reiches, Friedrich Ebert, ist mitten aus seiner Sorge und seiner Arbeit für das Wohl des gesamten deutschen Volkes durch den Tod abgerufen. Das deutsche Volk steht in Anerkennung um seine Verdienste trauernd an der Bahre dieses Mannes. An dieser Trauer nehmen der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitglieder im ganzen Reich die richtigen Anteil.“

Tariflöhne im Januar 1925

Nachdem im Dezember 1924 die Tariflöhne der Bergarbeiter allgemein erhöht worden waren, hat im Januar 1925 eine Steigerung der Tariffsätze in allen Bezirken der chemischen Industrie stattgefunden. In den sonstigen regelmäßig ersetzten Arbeitergruppen ist im Berichtsmonat neben vereinzelten Änderungen der Tariffsätze nur eine Neuregelung des Reichstarfs im Buchdruckgewerbe zu verzeichnen. Im ganzen hat sich vom Durchschnitt Dezember bis Durchschnitt Januar der gewogene Stundenlohn für Gelehrte von 74,8 auf 75,3 R.-Pf. und für Ungelehrte von 53,5 auf 54,1 R.-Pf. erhöht.

Tariffmäßige Stunden- und Wochenlöhne im Dezember 1924 und Januar 1925

Arbeitergruppen	Gelehrte 2)				Ungelehrte			
	Stundelohn	Wochenlohn bei 48h	Stundelohn	Wochenlohn bei 48h	Stundelohn	Wochenlohn bei 48h	Stundelohn	Wochenlohn bei 48h
	Dez. 1924	Jan. 1925	Dez. 1924	Jan. 1925	Dez. 1924	Jan. 1925	Dez. 1924	Jan. 1925
Bergarbeiter*)	90	90	43,33	43,33	53	53	21,62	21,62
Bauarbeiter	88	86	41,6	41,26	73	73	34,57	34,68
Holzarbeiter	75	79	36,97	37,11	65	65	30,59	30,72
Metallarbeiter*)	73	74	35,04	35,52	51	52	24,45	24,56
Textilarbeiter männlich*)	58	56	26,53	26,53	45	45	21,60	21,60
weiblich (led.)	40	40	19,20	19,20	32	32	15,36	15,36
Schularbeiter*)								
Chem. Industrie	68	71	32,51	34,08	59	61	28,32	29,23
Papiererg.	53	55	25,44	26,46	43	50	21,04	24,00
Buchdr. (wech.)	80	80	38,37	38,37	70	70	32,67	32,67
Reichswehr (Wehrab.)	67	67	36,78	36,78	52	52	25,06	25,06
Durchsch. (gem.)	74,8	75,3	36,52	37,17	53,5	54,1	27,69	27,86

Die Wochenlöhne sind für regelmäßige (meist 48-stündige) Arbeitszeit berechnet. Kurzarbeit liegt im Bau- und Buchdruckergewerbe überhaupt nicht vor, und ist in den sonstigen größeren Facharbeiterverbänden weiter von 6,4 v. H. der ersetzten Gewerkschaftsmitglieder am 31. Dezember 1924 auf 4,8 v. H. am 31. Januar 1925 zurückgegangen. Im Gegenjag hierzu weist die Arbeitslosigkeit in den größeren Facharbeiterverbänden hauptsächlich wegen des Rückgangs der Bautätigkeit eine gleichzeitige Steigerung von 9,1 auf 10 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder auf, darunter für Bauarbeiter von 21,3 auf 23,5 v. H.

*) Ausschl. der letzten Zulagen für die Ober- und 2. Kinder, soweit sie in den Berichtsmonten gezahlt wurden. — 1) Gewogener Durchschnitt aus den im Berichtsmonat gültigen Tariflöhnen für Holzarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptzweigen der chemischen Gewerkschaften. — 2) Im Vergleich mit den Metall- und Textilarbeitern sind die Tariffsätze nicht angegeben. — 3) Gelehrte: Roblen- und Zeichner (auschl. Schreiber); Ungelehrte: Roblen- und Zeichner (auschl. Handwerker). — 4) Belegte Zähler.

Am 14. März 1925 ist der elfte Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

Sanitäre Pausenregeln

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Gewerbeärzte hat über die Einhaltung von Arbeitspausen Regeln aufgestellt. Darin heißt es: Es ist ein Irrtum, in einem fort zu arbeiten, um sich später gründlich auszurasen. Es wird geteilte Arbeitszeit und eine mindestens einstündige Mittagspause verlangt. Die ungeteilte (englische) Arbeitszeit wird nur nach einem sehr kräftigen Frühstück und mit einer kleinen Pause um die Mittagszeit, in welcher ein zweites Frühstück mit warmem Gericht eingenommen wird, zugelassen. Außerdem wird dort, wo nicht der Arbeitsprozeß selbst zu Verlangsamungen oder Arbeitspausen führt, vormittags und nachmittags je eine kleine Pause von 10 bis 15 Minuten gefordert. Das immer mehr und mehr in Übung kommende Wegfallen der Arbeitspausen widerspricht allen Grundsätzen der Arbeitspsychologie und bedeutet Raubbau an der Arbeitskraft.

Tarifbewegung

Die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag

sind am 2. März fortgesetzt worden. Sie begannen damit, daß die Arbeitgeber allgemein, also einschließlich der des Hochbaues, erklärten, der in der kleinen Kommission am 20. Februar ausgearbeiteten Formulierung über die Arbeitszeit nicht zustimmen zu können. Der unparteiliche Verhandlungsleiter, Herr Ministerialrat Mewes, machte daraufhin folgenden Vermittlungsvorschlag: 1. Für Überstunden, die infolge Arbeitermangel notwendig werden, wird ein Zuschlag von 5% gezahlt. 2. Mehrarbeit, die

Vorstandsmitglieder, Baulegitime, Hauskassierer! Eure Pflicht ist es in erster Linie, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Habt ihr alle Vorbereitungen für eine großzügige und durchschlagende Frühjahrsagitation getroffen? Nein! Dann ist es aber höchste Zeit. Nur eine planmäßig durchgeführte Werbekampagne verspricht größeren Erfolg. Und ihr müßt selber frisch mit zupacken. Worte belehren, aber Beispiele ziehen an!

notwendig wird, um eine Verzögerung in der Fertigstellung der Bauten zu vermeiden, soll für Tiefbauarbeiten nicht an die Voraussetzung eines Arbeitermangels geknüpft sein. 3. Wo mit behördlicher Genehmigung länger als acht Stunden gearbeitet wird, soll es bei diesem Zustande verbleiben. Nach Sonderberatung erklärten beide Parteien die Ablehnung dieser Vorschläge. Damit waren die Verhandlungen abermals gescheitert, und man hätte sofort auseinandergehen können. Der unparteiliche Leiter hat aber, zu seiner persönlichen Information noch kurz über die sonstigen Hauptfreipunkte des Vertrages zu sprechen. Das geschah. Die Arbeitgeber erklärten, Ferien nicht gewähren zu können. Hinsichtlich der Regelung der Lehrlingsverhältnisse im Vertrag berieten sie sich auf das Geheiß, das ein Mitreden der Gewerkschaften ausschließe. Eine Beteiligung der Bauarbeiterverbände am Meister- und Schachtmeistervertrag lehnten sie erneut rundweg ab.

Einen neuen Reichstarifvertrag bekommen wir also einstweilen nicht. Ob die Arbeitgeber versuchen werden, durch erneute Kampfmaßnahmen ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen, bleibt abzuwarten. Auf alle Fälle tun die christlichen Bauarbeiter gut daran, wenn sie ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen, um den Verband möglichst rasch wieder auf die alte Stärke und Schlagkraft zu bringen.

Bezirk Karlruhe

Karlsruhe. Am 15. Februar 1925 wurde das Lohnabkommen vom 10. November 1924 von unserer Seite gekündigt und an die Untenehmer mit Lohnforderungen herangezogen. Es fanden dann am 21. Februar Verhandlungen statt und wurde folgendes Lohnabkommen geschlossen: Mit Wirkung vom 1. März 1925 an werden die Löhne in der Ortsklasse I wie folgt festgesetzt: Für die über 19 Jahre alten gelehrten Arbeiter 93 Pf., für die über 19 Jahre alten ungelernen Arbeiter 79 Pf. Dieses Abkommen kann mit 15-tägiger Frist auf den 15. eines jeden Monats, frühestens jedoch am 1. April 1925 auf den 15. April 1925 gekündigt werden. Die übrigen Löhne errechnen sich nach dem jetzigen Prozentsatzen.

Aus dem Saargebiet. Noch ist die „gute“ Behandlung der Bauarbeiter durch die französische Bauverwaltung am Ende des vergangenen Jahres unserer Kollegen in tiefer Erinnerung. Seitdem hat die allgemeine Berührung der Bauarbeiter in weitaus geringerer Weise stattgefunden. Die Bauarbeiter sind in der Tat in der Lage, weitere Fortschritte zu machen. Die Bauverwaltung

Rechnung tragend, haben die Bauarbeiterorganisationen im Saargebiet eine Forderung auf Lohnhöhung an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet gerichtet. Könnt ihr den Erfolg ahnen, Bauarbeiter des Saargebietes? Ihr denkt vielleicht: „Die Arbeitgeber haben sich angesichts der allgemeinen Teuerung zu Lohnverhandlungen bereit erklärt.“ Fehlgelassen! Die deutschen Arbeitgeber des Saargebietes haben sich der alles andere als menschlichen Auffassung der fremdländischen Grubenverwaltung angeschlossen! Sie erklären: „Die Teuerung sei keine wesentliche, und sie könnten für keine Vertueuerung der Bauberstellung eintreten!“

Ja, die Arbeitgeber glauben der saarländischen Bauarbeitergewerkschaft wieder etwas bieten zu können. Und haben sie so unrecht? Tatsache ist jedenfalls, daß an den gegenwärtigen unheimlichen Zuständen die Bauarbeitergewerkschaft stärksten Mitschuldige ist. Diesen muß es gesagt werden: Der gewerkschaftliche Geist der saarländischen Bauarbeiter ist gegenwärtig alles andere als gut. Das weitere vollzieht sich mit logischer Folgerichtigkeit. Dem selbstverständlich sind die Arbeitgeber über die schlechten Organisationsverhältnisse ihrer Arbeiter uninteressiert. Wenn ein großer Teil Bauarbeiter im Saargebiet unorganisiert herumläuft, ja, wenn es Kollegen gibt, die offen sagen, den Verband nicht zu brauchen, weil sie ohne Verband ihren Lohn bekämen, in Wirklichkeit aber bei den Unternehmern den Kriecher machen und sich für billigen Lohn anbieten, nur um dem kleinen Opfer des Beitrages zu entrienen, dann ist es nur zu verständlich, daß sich die Unternehmer darauf einstellen und die Bauarbeiter so behandeln, wie sie es eben verdienen. Hier muß der Hebel angefaßt werden. Sorgt dafür, Kollegen, daß unsere Reihen wieder geschlossen werden! Führt alle Unorganisierten unserem Verbande zu. Stelle ich jeder organisierte Kollege wieder in den Dienst der Organisation. Ihr habt es in der Hand, durch Sammlung der Kräfte in unserem christlichen Bauarbeiterverband auch die Bauunternehmer des Saargebietes eines Besseren zu belehren. Vergesst es nie: Ohne Verband keine wirksame Verbesserung unserer Lage. Der Verband aber ist das, was wir selber aus ihm machen. Darum nicht klagen, sondern handeln!

Bezirk Albi

Die Lohnbewegung im Siegerländer Bezirk ist zum Abschluß gebracht worden. Die Verhandlungen am 26. Februar 1925 zwischen den Parteien führten zu keiner Einigung. Man verständigte sich dahin, vor dem Schlichtungsausschuß zu verhandeln. Unter dem Vorsitz des Schlichtungsausschußvorsitzenden fanden am Montag, den 2. März, Verhandlungen statt, die zu einer Vereinbarung führten. Der Lohn der Facharbeiter steigt am 2. März von 67 auf 72 Pf., am 6. April auf 78 Pf. Die Bauhilfsarbeiter erhalten 60 bzw. 66 Pf. Der Tiefbauarbeiterlohn beträgt bis zum 31. April 54 Pfennig.

In Anbetracht der noch verhältnismäßig ungünstigen Konjunktur im Siegerlande bedeutet diese Lohnhöhung einen Achtungserfolg. Es liegt nun an der Bauarbeitergewerkschaft des Siegerlandes selbst, diesen Erfolg durch restlosen Ausbau der Organisation auszunutzen.

Feuerungs- und Schornsteinbau

Nachtrag zur 4. Lohnfestsetzung vom 1. 2. 1925. Da das Bezirkslohnamt als freies Schiedsgericht für Groß-Berlin die Facharbeiterlöhne (Lohn des Hochbaumaurers) für die Zeit vom 25. 2. bis 14. 4. 1925 und 15. 4. bis 30. 6. 1925 festgesetzt hat, gilt für Groß-Berlin als Grundlohn gem. V B 2b des vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungstechnische Arbeiten 108,8 Pfennig.

Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschl. Gehaltsgeld ab 25. Februar 1925 bis 14. April 1925 für:

Groß-Berlin:	
Feuerungsmaurer	120 Pf.
Feuerungsheizer	114 "
Schornsteinmaurer	136 "
Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	133 "
Schornsteinheizer	125 "
Für Groß-Berlin beträgt vom 25. 2. bis 14. 4. 1925: der Lohn des Hochbaumaurers 108 Pf. + 0,8 Pf. Gehaltsgeld, der Lohn des Bauhilfsarbeiters 85 Pf.	
Vom 15. 4. bis 30. 6. 1925 beträgt der Lohn des Hochbaumaurers 115 Pf. Es werden auch die Löhne der Spezialfacharbeiter ab 15. 4. 1925 dementsprechend erhöht. Die näheren Angaben erfolgen mit der 5. Lohnfestsetzung am 2. 4. 1925.	

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Hannover

Generalversammlung. Am 12. Februar d. J. fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der erste Vorsitzende, Kollege Heinrich Gerhardy, gab an Stelle des erkrankten Kollegen Hermann Edermann den Jahresbericht, dem folgendes entnommen ist:

Das Jahr 1924 begann mit Lohnabzug durch die Arbeitgeber, die den strengen Winter benutzten, um die Lebenslage der Bauarbeiter noch weiter zu verschlechtern. Die Arbeitslosigkeit war zu Beginn des Jahres infolge des strengen Winters sehr groß, besserte sich jedoch später. Zu Beginn des Jahres betrug der Lohn für Gezellen 53 Pfennig, für Arbeiter 50 Pfennig, für Tiefbauarbeiter 44 Pfennig; ab 3. April 60, 53 und 47 Pfennig. Dann folgte die Aussperrung vom 17. Mai bis 26. Juni, an der rund 500 Kollegen beteiligt waren, von denen 186 Kollegen in den Betrieben und bei kleineren Unternehmern weiter arbeiteten. Nach der Aussperrung stieg der Lohn auf 73, 63, 53 und 53 Pfennig

und ab 7. August auf 75, 65, 60 und 55 Pfennig. Am 16. Oktober bis zum Schluß dieses Jahres betrug derselbe 81, 71, 65 und 58 Pfennig. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, weil die Industrie innerhalb dieser Zeit keinerlei Lohnzugeständnisse machte. Die Mitgliederzahlen bewegten sich wie folgt: Bestand im letzten Vierteljahr 1923 556 Mitglieder, aufgenommen 112, übergetreten 36, zugereist 461, zusammen 1165 Mitglieder. Abgereist 457, ausgestreut 22, verstorben 7, sonstiger Abgang 38, blieben 524 Kollegen. Heutiger Bestand der Mitglieder 641. An Beitragsmarken wurden verkauft 25 379 und an beitragsfreien Marken 11 400 Stück, sind zusammen 36 779 Beitragsmarken. Der Durchschnitt bei 52 Wochen beträgt 707 Mitglieder. Die Versammlungen fanden regelmäßig statt und hatten mit wenigen Ausnahmen einen guten Besuch. Auf den verschiedensten Gebieten mußten die Rechte der Mitglieder wahrgenommen werden, namentlich den Krankentagen gegenüber. An den verschiedenen Schulungskursen nahm eine Anzahl Kollegen teil. Die Bildungsmöglichkeiten müssen jedoch mehr wie bisher benutzt werden, damit jeder ein Führer werde. Möge echter gewerkschaftlicher Geist, sowie ihn die Gründer hatten, alle Kollegen beseeelen, damit das begonnene Jahr ein Jahr des Aufbaus werde, allen Anstürmen zum Trotz, zum Wohle der Mitglieder! In der Aussprache stimmte man dem Jahresbericht zu und erkannte rückhaltlos die Verdienste des Verbandes um die Besserung unserer Lage an. Scharfe Worte fanden die Kollegen aus der Versammlung für einige Beitragsbrüderberger. Die vorgenommene Vorstandsmahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Heinrich Gerhardt, 2. Vorsitzender H. Köhler; 1. Kassierer Hermann Eckermann, 2. Kassierer Wilhelm Stichternoth; 1. Schriftführer Heinrich Schneider, 2. Schriftführer Hans Müller. Fast alle diese Kollegen wurden durch Juroj gewählt. Sodann wurde das 25jährige Stiftungsfest besprochen, welches am 24. Mai gefeiert werden soll. Als Delegierte zum Verbandstage wurden die Kollegen Eckermann, Gerhardt und Köhler vorgeschlagen. Unter „Verschiedenes“ berichtete der Kollege Zumbrodt über die am selben Tage vor dem amtlichen Schlichtungsausschuß stattgefundene Lohnverhandlung. Es wurde ein Spruch gefällt, wonach ab 12. Februar 2 Pfg. und ab 5. März 3 Pfg. Lohnerhöhung gezahlt werden sollen. Wenn nicht mehr erzielt sei, so läge es daran, daß wir noch keine besondere Konjunktur hatten und die lauen Gewerkschaftler den Unternehmern ja geradezu in die Hände arbeiteten. Nach einem erntmahnenenden Schlußwort des Kollegen Zumbrodt fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende. Wenn der gewerkschaftliche Geist bleibt, wie er in der Versammlung war, dann werden wir in diesem Jahre ein gutes Stück vorwärts kommen.

Verwaltungsstelle Mannheim

Am 2. März tagte die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle, die sehr gut besucht war. Die schlechte Konjunktur und große Arbeitslosigkeit unserer Kollegen im vergangenen Jahr hat auf die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle stark hemmend gewirkt. Trotzdem haben wir uns, wie aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Heinrich Köhler und dem Kassierbericht des Kollegen Salentin Weber zu ersehen war, bis zum Schluß des Jahres wieder so emporgearbeitet, daß wir den Stand vom Jahre 1923 wieder erreicht haben. Auch die Kassenverhältnisse entwickelten sich wieder zuweilen günstiger. Mit Freude konnte festgestellt werden, daß die alte Liebe zu unserer Organisation wiedergeholt ist. So wurde unter anderem der Beschluß gefaßt, in den nächsten Tagen unter den indifferenteren Kollegen eine rege Agitation zu entfalten. Ebenfalls wurde die Anregung, in unserem Verwaltungsbezirk im nächsten Frühjahre einen größeren christlichen Bauarbeitertag abzuhalten, mit großer Begeisterung aufgenommen.

Dem bisherigen Vorstande der Verwaltungsstelle wurde auch für das Jahr 1925 das Vertrauen geschenkt, die Geschäfte der Verwaltungsstelle zu führen. Bleibt das gute Einvernehmen zwischen dem Vorstand und den einzelnen Ortsgruppen und Kollegen ebenso gut wie im vorigen Jahre, so wird der Erfolg in diesem Jahre auch nicht ausbleiben.

Den Höhepunkt der Versammlung bildete der Vortrag unseres Bezirksleiters Kollegen Heinrich. Seine klaren, leicht verständlichen Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Interesse aufgenommen. Tapfer und treu muß der christliche Arbeiter seine Standespflichten erfüllen, war die Schlußfolgerung seines Vortrages. Keinerlei waren die Ausführungen und wohl wert gewiesen, vor einer Kassenversammlung der christlichen Arbeiter gehalten zu werden. Es wurde aus der Versammlung angeregt, den Vortrag zu vervielfältigen und allen Kollegen zugänglich zu machen. — Die Versammlung hat zur Schulung und Bildung unserer Kollegen zweifellos viel beigetragen; hoffentlich bleiben die entsprechenden Daten nicht aus.

Sozialpolitik

Die Befreiungen von der Beitragsleistung in der Gewerkschaften. Die Gewährung der Gewerkschaften hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab, z. B. Krankenversicherungsspflichtiger Beschäftigung und Bedürftigkeit, aber nicht unbedingt von der Zahlung von Beiträgen. Eine ganze Anzahl von Personen kann auf Antrag von der Beitragszahlung befreit werden, ohne daß der Anspruch auf die Fürsorge verloren geht.

Diese Vergünstigung kommt vorwiegend der Landwirtschaft zugute. Beitragsfrei ist eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Binnen- und Küstenschifffahrt, wenn der Beschäftigte zwar einen Teil des Jahres als Arbeitnehmer tätig, außerdem aber Eigen-

tümer oder Pächter land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes von solcher Größe ist, daß er von dessen Ertrag in der Hauptsache mit seinen Angehörigen leben kann. Auch die Ehegatten und Abkömmlinge dieser Personen, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben, sind befreit, falls sie ebenfalls in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Schifffahrt während eines Teiles des Jahres tätig sind. Beschäftigung in der Binnen- und Küstenschifffahrt auf Anteil am Fang ist beitragsfrei. Außerdem gilt in der Land- und Forstwirtschaft Beitragsfreiheit, wenn der Arbeitnehmer auf Grund eines Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird, oder wenn sein Arbeitsvertrag — abgesehen von einem wichtigen Grunde, — nur mit mindestens dreimonatiger Frist gekündigt werden kann. Städtische Hausgehilfen und ländliches Gesinde, die in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind, werden ohne Rücksicht auf die Dauer des Arbeitsvertrages und die Kündigungsfrist befreit. (Für Gutsbeamte, Wirtschaftserinnen, Hauslehrerinnen, Kindergärtnerinnen usw. gilt die Befreiung aber nicht!)

Endlich sind noch alle Lehrlinge, gleichviel, ob in Handel, Handwerk, Industrie oder Landwirtschaft beschäftigt, beitragsfrei, sofern die Lehrzeit mindestens zwei Jahre dauert und der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen worden ist. Die Befreiung erlischt jedoch sechs Monate vor Ablauf der Lehrzeit.

Die Beitragsfreiheit beginnt mit dem Montag der Woche, an dem eine gemeinsame Anzeige von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß von der Befreiung Gebrauch gemacht wird, bei der Krankenkasse eingeht, die die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge erhebt. Stellt die Kasse fest, daß die Voraussetzungen für die Befreiung nicht gegeben sind, so tritt die Beitragsfreiheit nicht ein. Gegen die Entscheidungen der Kasse können das Versicherungsamt und das Oberversicherungsamt angerufen werden. Letzteres entscheidet endgültig.

Da die Arbeitnehmer allgemein verlangen, daß die Beitragszahlung ohne den Nachweis der Bedürftigkeit einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung geben muß, so vertreten sie auch die Auffassung, daß alle Gruppen, die als fürsorgeberechtigt erklärt werden, auch zur Beitragszahlung herangezogen werden. Zu beachten ist, daß auch die Kosten der Arbeitsnachweise hauptsächlich aus den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge bestritten werden. Jetzt müssen Handel und Industrie, Handwerk und Gewerbe die Kosten für die Landwirtschaft mittragen, was sie als ungerecht empfinden. Soweit die Beitragsfreiheit als berechtigt anerkannt wird, müßte die Befreiung ohne umständliche Anträge erfolgen und mit Auscheiden aus der Unterstützungsberechtigung verbunden sein.

Bau-Rundschau

Gefahren für den Wohnungsbau

Es ist kaum glaubhaft, aber leider doch traurige Wahrheit, daß die Baustoffe, für die wir ohne jede Ausnahme alle Rohmaterialien im eigenen Vaterlande haben, in den letzten Monaten nicht nur viel stärker gestiegen sind als die Auslandswaren, sondern gegenüber der Friedenszeit einen Stand erreicht haben, der sie fast an die Spitze aller Preise stellt. Es sind nur wenige Baustoffe, die noch einen der Teuerung angemessenen niedrigen Preis haben, viele dagegen haben das drei- bis vier- und mehrfache des Friedenspreises erreicht. Für Sand und Kies, der gewiß nicht aus dem Auslande kommt, zahlt man einen in manchen Gegenden dreifach höheren Preis als in der Friedenszeit. Ähnlich hohe Preise haben viele andere Rohstoffe aufzuweisen. Unter diesen Umständen vermögen die baulustigen Genossenschaften und Gemeinden, nicht zuletzt auch der einzelne Bauherr, gar keine Berechnungsunterlagen für Finanzierung von Neubauten aufzustellen, denn was gestern noch richtig war, ist heute durch die schnellen Preissteigerungen in der Baustoffindustrie nicht mehr gültig. Diese Vorgänge ähneln sehr der ersten Inflationsperiode vor drei und vier Jahren. Auf die Mietsbildung, sowie auch auf die Versuche, die Wohnungszwangswirtschaft abzubauen, dürften die steigenden Baustoffpreise und damit zugleich die steigenden Baupreise einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausüben. Wenn sich heute die Hausbesitzerkreise mit der Angleichung der Mieten an die Friedenswirtschaft begnügen, so wollen sie dann morgen schon eine Angleichung an den rentierlichen Wert der Neubauten, d. h. wenn ein Wohnungsbauwerk demnächst den zwei- bis dreifachen Friedenspreis kostet, so verlangen dann sicherlich die Hausbesitzer 200—300 v. H. der Friedensmiete. Daß die Bautätigkeit sich durch die überhöhten Baupreise im neuen Jahre nicht ankurbeln oder bereits angefangene Bauten ins Stocken geraten und mancher Bau dann nur bis zur Sockelhöhe aufgeführt werden kann, liegt klar auf der Hand. Unter diesen Umständen ist an einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erst recht nicht zu denken. Man hätte gehofft, in den nächsten Jahren in Deutschland jährlich 60 bis 100 000 neue Wohnungen herstellen zu können. Das unberechtigte Finanzstreben der Baustoffpreise scheint diese Hoffnung zu zerstören.

Bücherchau

Die Unfallverhütung im Bilde. 50 Tafeln zur Verhütung von Unfällen (in Buchform). Bearbeitet von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft Zweite verbesserte Auflage. Erschienen 1925. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin S 61.

Solange es Bauarbeiterverbände gibt, haben sie die Forderung eines ausreichenden Schutzes für Leben und Gesundheit der Arbeiter auf den Arbeitsstellen auf ihre

Fahne geschrieben. Es ist auch bereits viel auf diesem Gebiete geschehen. Trotzdem ist die Zahl der Baunfälle immer noch sehr groß. Wie erklärt sich diese bedauerliche Tatsache? Sicher kann der Bauarbeiter schon noch manche Verbesserung erfahren, vor allem in der Richtung, daß überall Baulaufkontrollen aus den Arbeitnehmerverbänden angestellt und diese mit ausreichenden polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden. Aber die Gerechtigkeit verlangt auch, auszusprechen, daß viele Unfälle auf die Schuld der Arbeiter selbst zurückzuführen sind. Einmal wirkt die Gewöhnung an die Gefahr abtölpelnd. Dann kann man ruhig zugeben, daß die Unfallverhütungsvorschriften, die sich aus einer langen Reihe von Einzelvorschriften zusammensetzen, von den meisten Arbeitern überhaupt nicht gelesen werden.

Ausgehend von dieser Erkenntnis, hat die Tiefbau-Berufsgenossenschaft versucht, durch anschauliche Bilder die Folgen eines nachlässigen und gedankenlosen Verhaltens der Arbeiter darzustellen und zu zeigen, wie Unfälle verhütet werden können. Fünzig solcher Plakate, die zum Aushängen an den Arbeitsstellen bestimmt sind, sind bisher erschienen. Der fassliche ist, soweit zugänglich, die richtige Handlungsweise gegenübergestellt. Jedem Plakat sind kurze schlagwortartige Hinweise und Erläuterungen beigegeben. Sämtliche Bilder sind von einfacher und klarer Darstellung und gerade darum höchst wirkungsvoll. Auch nach der psychologischen Seite dürfte durchweg das Richtige getroffen sein. Alles in allem kann dieser erste Versuch einer „Unfallverhütung im Bilde“ als glücklich gelten und darf daran die berechtigete Hoffnung geknüpft werden, daß er in seiner praktischen Auswirkung zu einer weiteren Einschränkung der Baunfälle führt.

Die Bilder können als Sammelband von unserem jährlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Juterlallee 25, bezogen werden.

Erwünscht wäre es, wenn auch für die übrigen Sparten des Baugewerbes bald eine solche „Unfallverhütung im Bilde“ herauskommen würde. Nach dem furchtbaren Aderlaß durch den Krieg ist es, ganz abgesehen von der sozialen und wirtschaftlichen Seite, ein zwingendes volkstümliches Gebot, die Zahl der Opfer auf dem „Schlachtfelde der Arbeit“ soweit als irgendmöglich herabzumindern.

Bekanntmachungen

Köln

Mittwoch, den 25. März, abends 7 Uhr, im Franz-Sitze-Saal, am Westbahnhof, Mitgliederversammlung. Beschlußfassung über Anträge zur Generalversammlung.

Mittwoch, den 1. April, abends 7 Uhr, im Konferenzzimmer, Benloerwall 9, Versammlung der Polizei und Schachtmeister.

Verwaltungsstelle Koblenz

Allen Kollegen der Verwaltungsstelle Koblenz zur Kenntnis, daß ab 1. März 1925 das Sekretariat in Koblenz wieder errichtet und durch unterzeichneten Kollegen besetzt ist.

Das Büro befindet sich nach wie vor in Koblenz, Gerichtsstraße 6, an welcher Adresse alle Schreiben zu richten sind. Josef Steinf.

Verwaltungsstelle Saarbrücken

Mit dem 1. März hat der Unterzeichnete die Leitung des Sekretariats Saarbrücken übernommen. Die Kollegen wollen sich in allen das Verbands- und Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen vertrauensvoll an mich wenden. Die im Saargebiet arbeitenden, aber nicht hier wohnhaften Kollegen weise ich darauf hin, daß laut Satzung die Beiträge im Saargebiet und nicht in der Heimat zu entrichten sind. Das Bureau ist geöffnet Werktags von 9—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags. Bruno Herzberg, Saarbrücken, St. Johanner Str. 49.

Sterbetafel

Nach fast zweijähriger Krankheit starb am 20. Januar unser langjähriger treuer Kollege und Vertrauensmann Georg Hügendorf aus Wesseln im Alter von 56 Jahren an Magenkrebs.

Verwaltungsstelle Hildesheim.

Am 21. Februar starb unser treues Mitglied Emil Krämer an Herzkrämpfen.

Verwaltungsstelle Offen.

Am 26. Februar starb infolge eines Nierenleidens, das er sich im Kriege zugezogen hatte, unser langjähriger treuer Mitglied, der Maurer Franz Köberig im Alter von 44 Jahren. An seiner Bahre steht trauernd seine Gattin mit 7 unmündigen Kindern.

Ortsguppe Flieden.

Am 28. Februar starb nach kurzer schwerer Krankheit unser treuer Kollege, der Maurer Josef Göle aus Ed in im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung.

Verwaltungsstelle Bratel.

Am 3. März starb nach längerer Krankheit infolge Leberleiden unser langjähriges Mitglied Franz Dirngaber, Maurer, 63 Jahre alt.

Ortsguppe Dachen.

Ehre ihrem Andenken!